

22 - 1639

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtages
Herrn Robert Hergovich
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 16. November 2023

Selbständiger Antrag

des Landtagsabgeordneten Markus Ullram, Patrik Fazekas, BA, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Runter mit den Landessteuern!“

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend „Runter mit den Landessteuern!“

Das Jahr 2023 neigt sich langsam dem Ende zu. Dieses Jahr war geprägt von Krisen. Krieg, Inflation und hohe Energiekosten haben die Gesellschaft vor große Herausforderungen gestellt. Viele Menschen stehen daher auch vor enormen finanziellen Herausforderungen. Die Menschen in unserem Land haben mit steigenden Belastungen zu kämpfen, doch ihre Sorgen und Ängste werden von der SPÖ-Alleinregierung nicht ernst genommen.

Die Bundesregierung hat zur Abfederung der Teuerung viele Maßnahmen gesetzt, wie die Stromkostenbremse oder den Klima- und Anti-Teuerungsbonus. Die Antwort der Bundesregierung auf die höchste Inflationsrate seit Jahrzehnten war die größte Entlastungswelle der Zweiten Republik. Leider erleben wir im Burgenland das genaue Gegenteil. Das Burgenland ist säumig und hat nichts unternommen, um die Menschen nachhaltig zu entlasten.

Spätestens mit dem Landesvoranschlag 2020 hat Landeshauptmann und Finanzreferent Mag. Hans Peter Doskozil bewiesen, dass er die Burgenländerinnen und Burgenländer lieber belasten als entlasten möchte. Dazu kommt, dass das Land unter Doskozil mit 1.800 Millionen Euro rekordverschuldet ist. Die Kassen des Landes sind leer und müssen wieder gefüllt werden. Schließlich finanzieren sich die roten Prestigeprojekte des Landeshauptmannes nicht von selbst, sondern reißen tiefe Löcher in den Landeshaushalt.

Landeshauptmann Doskozil setzt hier auf „Nicht-Entlastung“ der Burgenländerinnen und Burgenländer und kassiert diese kräftig ab. Die SPÖ-Alleinregierung hat sich dazu entschieden, neue Landes-Steuern einzuführen und die Burgenländerinnen und Burgenländer zu belasten. Damit werden die burgenländischen Haushalte zusätzlich belastet, es gilt „Wo Doskozil regiert, wird abkassiert“. Das ist ein harter Schlag für viele, besonders in diesen herausfordernden Zeiten und führt somit zu einer noch weiteren Verschärfung der ohnehin so angespannten Situation.

Folgende Steuern wurden von der SPÖ-Alleinregierung eingeführt bzw. erhöht:

- Erhöhung des Kulturförderungsbeitrages
- Baulandmobilisierungsabgabe
- Jagd-Steuer
- Strom-Steuer, insbesondere Windkraft- und Photovoltaikabgabe
- Tourismussteuer
- uvm.

Bei der Baulandmobilisierungsabgabe als Baulandsteuer handelt es sich um einen drastischen und noch nie dagewesenen Eingriff im Burgenland. Hierbei kommt es abermals zu einer Besteuerung von Eigentum, welche abzulehnen und daher sofort wieder aufzuheben ist. Diese Steuer dient einzig und allein dem Zweck, die von Landeshauptmann Doskozil und seiner SPÖ-Alleinregierung produzierten Budget-Löcher zu stopfen und erzielt keinen Lenkungseffekt. Die SPÖ-Alleinregierung musste für diese umstrittene Abgabe bereits viel Kritik einstecken und hat schon mehrmals zum Korrekturstift gegriffen. Obwohl man jetzt mit der Einhebung der Abgabe ernst macht, sind dennoch zahlreiche Fragen offen und noch nicht alle notwendigen Erhebungen durchgeführt. Das zeigt die SPÖ-Schnellschuss-Politik.

Doskozil hat bereits angekündigt weitere Substanzsteuern einführen zu wollen, um die offensichtlich maroden und leeren Kassen des Landes Burgenland mit neuen Steuergeldern zu füllen. Die ÖVP lehnt diesen Kurs ab. Neue Steuern und damit auch Vermögens- und Erbschaftssteuern sind, so wie die Baulandsteuer, der falsche Weg. Denn sie treffen vor allem die Mittelschicht und viele hart arbeitende Menschen in unserem Land.

Angesichts dieser angespannten Situation wäre die SPÖ-Alleinregierung dringend gefordert und sollte rasch und effizient den Burgenländerinnen und Burgenländern unter die Arme greifen. Als Politiker tragen der Landeshauptmann und seine SPÖ-Alleinregierung die Verantwortung dafür, dass auch künftige Generationen eine Zukunft haben. Deshalb muss die Verschuldungs- und Belastungspolitik der SPÖ-Alleinregierung ein Ende finden. Das haben sich die Burgenländerinnen und Burgenländer verdient. Das Burgenland braucht hier dringend einen Richtungswechsel, hin zu einem rot-goldenen Entlastungskurs.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung, insbesondere Landeshauptmann und Finanzreferent Doskozil, wird aufgefordert, rasch ein echtes Entlastungspaket zu schnüren, welches sämtliche Steuereinnahmen des Landes evaluiert und neu eingeführte Steuern, insbesondere die Baulandmobilisierungsabgabe und den Kulturförderungsbeitrag, abschafft.